

Aus eigener Tasche bezahlt – jede Unterstützung ist willkommen



18.03.2026 – Ausgabe der Volle Lading Groep

S. 4



HPH
delta



Z
i
m



unsichtbar?

S. 7



Keine
Seeleut
e in

Kriegsgebiet!

S. 8

Weg mit ihr
neue Regierung
und ihren Plänen!

31. März

Sitzung

FNV Havens –

Macht aus der

eine Kampfgewerkschaft!

Noch vor der neuen Regierung hat sie den Zorn aller aktiven Niederlande zu wecken. Die Funktionäre von FNV und CNV auf sich gezogen und so lange zu feuch, wie

die Sparmaßnahmen Kürzungen bei den Sozialleistungen (WW, WIA und AOW) nicht zurückgenommen wurden.

Der Branchenrat der FNV Havens geht noch einen Schritt weiter. Er ruft alle Mitglieder am 31. März zu einer Versammlung auf. Den Mitgliedern wird der Vorschlag

vorgelegt, im Hafen mindestens fünf Tage im Hafen zu streiken, um die Rücknahme der Kürzungen bei den Sozialleistungen zu fordern



. Die Mitglieder werden diesen Vorschlag sicherlich begrüßen. Alle stehen in den Startlöchern.

Regierung der Großkapitalisten

Die Großkonzerne und die Reichen sind mit dieser Regierung zufrieden, denn das Regierungsprogramm spiegelt ihre Forderungen wider: Einsparungen bei den Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung (vor allem bei Sozialleistungen und im Gesundheitswesen), Milliarden für Kriegsvorbereitungen, eine Milliarde zusätzliche Subventionen für fossile Brennstoffe, weitere Aushöhlung von Umweltschutzmaßnahmen, Flüchtlinge als Sündenböcke benutzen.

Ohne die Arbeiter steht das Land still

Arbeiter*innen können das ganze Land lahmlegen. Ohne die Arbeiter*innen bewegt sich nichts. Dann machen die Unternehmen keinen Gewinn. Dann wird sichtbar, dass das Land nicht von Schwätzern in Vorstandsetagen und Ministerien getragen wird, sondern dass das Land von der Arbeit gewöhnlicher Menschen lebt. Streiks gegen die Regierung in den Häfen werden sicherlich große Begeisterung in anderen Branchen wecken, und viele werden sich ihnen anschließen.

Wir wollen ein besseres Leben, Frieden und eine solidarische Gesellschaft

Warum den Kampf auf die Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Erwerbsunfähigkeitsrente und Altersrente beschränken? Auch die arbeitende Bevölkerung ist von den Kürzungen im Gesundheitswesen hart getroffen.

Die Selbstbeteiligung steigt auf Rekordhöhe, Pflegeheime werden geschlossen, Medikamente verschwinden aus dem Leistungskatalog, Behinderte und chronisch Kranke sind besonders betroffen. Das führt zu einer Gesellschaft, in der jeder sich selbst durchschlagen muss. Wer kein Geld hat, hat das Nachsehen.

Die Großkapitalisten streben eine Gesellschaft ohne Solidarität an, das kann die Arbeiterbewegung nicht hinnehmen.

Stoppt die Kriegsvorbereitungen

Bei den Sozialleistungen werden sechs Milliarden eingespart, im Gesundheitswesen zehn Milliarden. Die „Freiheitssteuer“ soll 3,4 Milliarden einbringen (eine Kriegsteuer von fast 200 Euro pro Einwohner!). Damit soll der Kriegshaushalt um zusätzliche 19 Milliarden Euro aufgestockt werden. Ist das nicht das Bedrohlichste am gesamten Regierungsabkommen?

Die Niederlande und die anderen europäischen Länder geben viele Milliarden aus, um sich auch militärisch auf der Weltbühne behaupten zu können. Es geht um seltene



Metalle und andere Rohstoffe, um Absatzmärkte, um billige Arbeitskräfte, um fruchtbaren Boden und um Konkurrenten aus den USA, China und so weiter zu behindern. Dafür werden unsere Sozialleistungen geopfert, dafür muss unsere Jugend bald in Armeuniformen an der Front ihr Leben lassen.

Die Beteiligung an imperialistischen Interventionen im Irak und in Afghanistan hat nur Elend gebracht, ist aber ein Kinderspiel im Vergleich zu dem, was die einfachen Menschen weltweit erwartet, wenn die Imperialisten nicht gestoppt werden.

Die Arbeiterbewegung ist stark genug, um es nicht nur beim Kampf gegen die Kürzungen der Sozialleistungen zu belassen.

Wir wollen ein besseres Leben, ein Leben in Solidarität.

Hände weg vom Gesundheitswesen und den Sozialleistungen

Das Rentenalter soll nicht angehoben, sondern gesenkt werden

Die Reichen und die großen Unternehmen besteuern

Für das Recht auf Asyl, nie wieder fliehen zu müssen, überall willkommen

Senkung der Wohnkosten, baut bezahlbaren Wohnraum

Stoppt die Kriegsvorbereitungen, für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern!

Samskip verkauft das Tafelsilber an CLdN

Samskip verkauft seine Dienste zwischen Rotterdam und dem Vereinigten Königreich/Irland an CLdN. Bei RST (das die meisten Samskip-Schiffe in Rotterdam abfertigt) gab es eine Zeit lang Gerüchte, dass es Samskip finanziell nicht gut gehe. Der Verkauf wird also nicht aus Überfluss erfolgen.

Das Management von Samskip tut so, als sei alles in Ordnung: „*So können wir uns auf die wichtigsten strategischen Märkte der Zukunft konzentrieren.*“ Ob die Containerschiffe von Samskip bei RST bleiben, wurde nicht bekannt gegeben. Im Jahr 2024 wurde Samskip Miteigentümer des Matrants Rotterdam Terminal. Langfristig sollten die Schiffe von Samskip dorthin verlegt werden. Aber auch das ist nun ungewiss.

Alle Rechte vorbehalten für die Kollegen von HP Delta II

Hutchison und MSC haben beschlossen, auf dem Gelände, auf dem sich derzeit Delta II und DDN befinden, einen neuen automatisierten Terminal zu errichten. Hutchison und MSC geben an, dass noch nicht entschieden ist, welche Gesellschaft Eigentümer dieses Terminals werden wird. Wenn dieser Terminal nicht von HP Delta II betrieben wird, was geschieht dann mit den Kollegen von HP Delta II? Bleiben sie bei HP Delta II beschäftigt, einer leeren Gesellschaft? Diesbezüglich herrscht große Besorgnis. Sollten die Kollegen von Delta II zu einer neuen Gesellschaft wechseln müssen, könnte dies zu Lasten ihrer Rentenansprüche gehen, schreibt der Betriebsrat in einem Schreiben vom 6. März.

Die Gewerkschaft FNV Havens hat beschlossen, sich nicht an einem Pilotprojekt zum kollegialen Personalausgleich zwischen ECT und HP Delta II zu beteiligen, solange keine zufriedenstellende Antwort vorliegt. Der Betriebsrat möchte ein Mitspracherecht in dieser Angelegenheit, doch die Geschäftsleitung hat nicht vor, ihn um Rat zu fragen. Deshalb zieht der Betriebsrat vor Gericht. Dieser Druck reicht bislang nicht aus, um Hutchison und MSC zu Klarheit zu zwingen.

Das Warten in Unsicherheit ist keine angenehme Aussicht. Die Kolleg*innen bei Delta II wissen, wie man Aktionen durchführt. Diese Erfahrung kann immer genutzt werden!



Rechtsextreme und Faschisten versprechen viel (halten aber **nie** ihr Wort)

Bei der Verteilung der „Volle La-ding“-Zeitschrift zeigte sich, dass fast jeder Hafendarbeiter den Kampf gegen die Regierung aufnehmen will. Ein Kollege sagte: „Ich habe eine der Parteien gewählt, die es anders machen will“, und damit meinte er die Parteien rechts von der VVD: die Rechtsextremen und Faschisten. Aber man kann diese Parteien nicht danach beurteilen, was sie versprechen. Man muss schauen, was sie tun. Auch der oberste Faschist Trump versprach, keinen Krieg zu führen, und schau, was passiert. Krieg im Ausland und im Inland die Bürger unterdrücken, das ist der Kern des Faschismus.

Mithilfe beim Abbau von Sozialleistungen und der Aufstockung des Kriegsbudgets

Als die PVV 2010 die Regierung Rutte I duldeten, duldeten sie (entgegen ihrem Wahlversprechen), dass das Rentenalter auf 66 Jahre angehoben und danach um die Anzahl der Monate erhöht werden sollte, um die die Lebenserwartung steigen würde (wogegen sie sich jetzt wendet). Als die PVV und die BBB

an der Regierung Schoof teilnahmen, stimmten sie der Verkürzung der maximalen Dauer des Arbeitslosengeldes von zwei auf 1,5 Jahre zu. Nun, da die neue Regierung diesen Kurs fortsetzt, schreien sie Zeter und Mordio. Außerdem stimmten PVV und BBB als Regierungsparteien der Anhebung der „NATO-Norm“ von 2 % des BIP im Jahr 2025 auf 5 % im Jahr 2035 zu. In diesem Zusammenhang stimmten sie der zusätzlichen Erhöhung des Kriegsbudgets im Jahr 2026 um 3,4 Milliarden zu. Ja21 ließ ihr Programm vom CPB durchrechnen, mit dem Plan, das Rentenalter parallel zur Lebenserwartung anzuheben – nun sagen sie plötzlich, dass sie dagegen sind.

Einigkeit macht stark

Die extreme Rechte verspricht alles Mögliche, aber diese Versprechen kann man nicht ernst nehmen. Wenn man an der Regierung mitwirken will, muss man bereit sein, das Programm der Großunternehmen umzusetzen. Denn es sind die Großunternehmen – und nicht die Wähler –, die die Regierungspolitik bestimmen. Karl Marx hat es so ausgedrückt: „Man darf wählen, wer einen vertritt und wer einen mit Füßen tritt.“

Fortsetzung auf
Seite 7

Grundsätze von De Volle Lading

1. Mit offensiven Forderungen setzen wir uns für die Interessen der Hafendarbeiter und der Jugend ein, die im Hafen arbeiten wird.
2. Wir helfen dabei, den Kampf für diese Interessen zu organisieren, unter anderem durch die vierwöchentliche Ausgabe von „De Volle Lading“.
3. Wir arbeiten demokratisch. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Freunde, die den Kampf der Hafendarbeiter unterstützen, sind willkommen.
4. Wir setzen uns für Gewerkschaften ein, die kämpferisch und demokratisch für die Interessen der Arbeiter eintreten.
5. Wir sind unabhängig, auch finanziell. Wir nehmen finanzielle Beiträge nur an, wenn sie ohne Bedingungen gewährt werden.
6. Wir sind offen für Ideen zu einer anderen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen – das gibt unserem Kampf die Richtung vor.
7. Wir setzen uns für die Stärkung der internationalen Solidarität der Hafendarbeiter ein.

„De Volle Lading“ ist eine Veröffentlichung der „De Volle Lading“-Gruppe – von Kollegen für Kollegen im Hafen. Bei „De Volle Lading“ kannst du lernen, gegen Ungerechtigkeit und gegen die Ursache der Ungerechtigkeit zu kämpfen: den Kapitalismus. Und wirf gerne etwas Geld als Unterstützung in den Topf. „De Volle Lading“ läuft ohne Subventionen – denn wir wollen unabhängig bleiben.

www.vollelading.nl

info@vollelading.nl

Telefon: **06-42492000**

06-40393842

Wer „De Volle Lading“ alle vier Wochen kostenlos per E-Mail erhalten möchte: Senden Sie diese Anfrage an **info@vollelading.nl**

Unterstützen Sie „De Volle Lading“

Über diesen QR-Code können Sie einen Betrag als Unterstützung überweisen. Vielen Dank im Voraus!



NL54INGB0004428359 unter Angabe von „DVL“

Das gilt auch für die extreme Rechte und Faschisten.

Die extreme Rechte und Faschisten spielen für die Großkapitalisten eine besondere Rolle: Sie spielen Arbeiter gegeneinander aus – aufgrund von Hautfarbe, Kultur oder Religion. Teile und herrsche. Sie machen den Arbeitern weis, dass die Probleme, mit denen Arbeitnehmer

Die Probleme, mit denen die Menschen zu kämpfen haben, werden nicht durch den Kapitalismus verursacht. „Einigkeit macht stark“ – das ist es, was die Arbeiterbewegung voranbringt. Einheit im Kampf für die unmittelbaren Interessen und für eine Gesellschaft, in der diese großen Unternehmen nicht länger das Sagen haben.

ZIM versucht, sich unsichtbar zu machen

Hapag Lloyd übernimmt ZIM für vier Milliarden Dollar. Hapag Lloyd ist mit einem Marktanteil von 7,1 % die fünftgrößte Containerschiffahrtsgesellschaft der Welt. ZIM liegt mit 2,1 % auf Platz zehn. Der Zusammenschluss und die Übernahme von Reedereien sind ein ständiges Phänomen. Es bleiben nur noch wenige Supermonopole übrig, die manchmal zusammenarbeiten und sich manchmal gegenseitig bekämpfen.

Diese Übernahme weist besondere Merkmale auf. ZIM führte für die israelische Regierung Sondertransporte durch, vor allem im militärischen Bereich. Der israelische Staat hatte daher über eine „Goldene Aktie“ ein entscheidendes Mitspracherecht im Management von ZIM. Durch den Völkermord in Gaza wurde ZIM zur Zielscheibe der Solidaritätsbewegung mit Gaza. Versuchen sie, sich dem zu entziehen, indem bald nicht mehr ZIM auf den Schiffen steht, sondern Hapag-Lloyd?

FIMI – eines der größten israelischen Private-Equity-Unternehmen – wird Eigentümer einer Flotte von 16 Schiffen, die auf mehreren strategisch wichtigen Routen von ZIM verkehren werden. Dies geschieht im Rahmen einer Allianz mit Hapag-Lloyd. Auf diese Weise werden die Interessen des Staates Israel gewahrt.

Die Übernahme spiegelt auch die engen Verbindungen zwischen dem israelischen und dem deutschen Großkapital wider. Nach den USA ist Deutschland der größte Waffenlieferant Israels. Und wenn es um Maßnahmen gegen Israel wegen des Krieges gegen Gaza geht, tritt die deutsche Regierung stets auf die Bremse. —

Griechische Seeleute setzen sich für Kollegen im Kriegsgebiet

Am 5. März legten die Seeleute, die zwischen dem griechischen Festland und den Inseln verkehren, für einen Tag die Arbeit nieder. Sie demonstrierten vor dem Schifffahrtsministerium und dem Gebäude der griechischen Reeder. Der Streik richtete sich gegen die griechische Regierung, da diese zwei Fregatten mit Patriot-Raketen nach Zypern entsandt hatte und sich damit in den Krieg verwickeln ließ, den die USA und Israel gegen den Iran führen. Zudem entsandte die griechische Regierung 120 „Militärexperten“ nach Gaza und 120 Soldaten nach Saudi-Arabien, um Ölfelder zu bewachen. PENEN (die Gewerkschaft der griechischen Seeleute) hat eine Tradition des Kampfes für den Frieden.

Der Streik richtete sich auch gegen die Reeder, die Seeleute in Kriegsgebiete schicken. PENEN teilt in einer Erklärung mit: „Es wurden Schiffe getroffen und es

es gibt tote und verwundete Seeleute. Auf diesen Schiffen befinden sich unsere Kollegen, unsere Brüder, unsere Söhne, unsere Väter, unsere Freunde und Bekannten. Die Reeder haben sie dorthin geschickt, obwohl sie sehr wohl wussten, dass die Region auf einen Krieg zusteuerte. Sie haben sie dorthin geschickt, weil einige vom Krieg profitieren und andere darunter leiden.“

PENEN fordert, dass die Seeleute nicht in Kriegsgebiete geschickt werden und dass sie schnell repatriert werden. So setzt man sich für die Sicherheit der Kollegen ein: nicht durch Bewaffnung, sondern durch Distanzierung vom Krieg. Noch am selben Tag schloss PENEN eine Vereinbarung mit den Reedern, wonach jeder Seemann, der dies wünscht, repatriert wird und eine Entschädigung in Höhe von zwei Monatsgehältern erhält.

